

210



210



210



210

0.9.

~~4 Hefte "Frankfurter
entwürfe in der Hauptsache
ausgabe u. Verbesserungen der
Epistole des Augustinus
sowie Notizen zu deren Ver-
schieden.~~

aus dem Nachlaß Edgar Kunkels:

bet.
Vfor
des Fin
Kiech

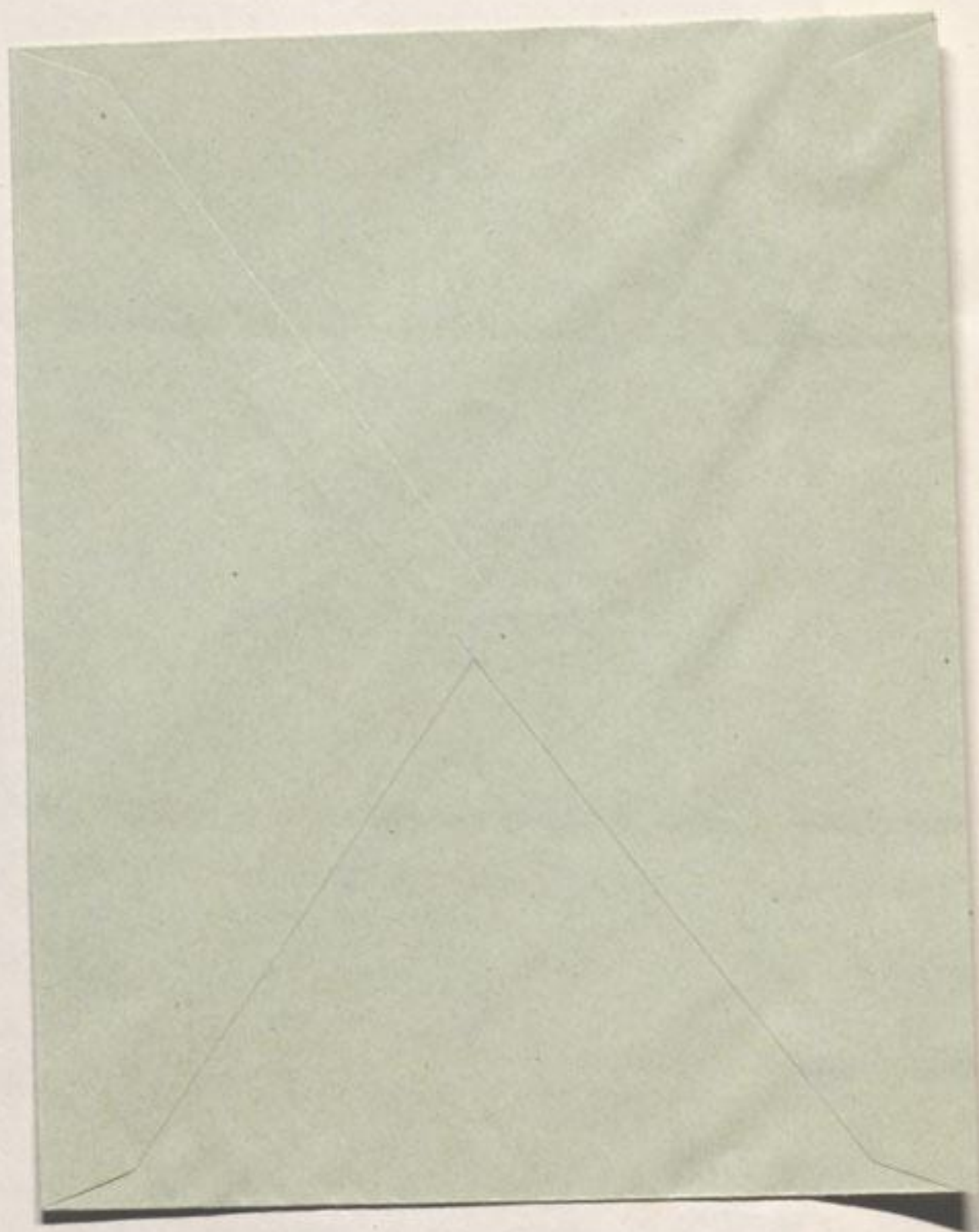
91
Eigenschaft
Heute bei Herrn
Herrn



210

bet.
Mietrecht
des Fisches (Kiebs)
Kiebs G. Kiebs

1914



404/14/2

7

11. März, Montag

2 4 L 9 12

Früh

404/14
m

Fischerei-Interesse

Fischerei-Interesse

Fischerei-Interesse

Fischerei-Interesse

Fischerei-Interesse

Frankfurt a/O, den 19. Mai 1914

Supra M, 25h.

Herrn

R. E n g e l

Vorsitzender der Fischerei Interessentengemeinde

Kietz h/Küstrin

Fischerei-Interessenten-Gemeinde

Kiez bei Cüstrin. 15/5.14.

Bitte an Herrn Engel



Gummi für Herrn Engel

Frankfurt Oder

Jan.

h/Strin

Frankfurt a/O, den 19. Mai 1914

Kaufmann M. 25 h.

Herrn

R. Engel

Vorsitzender der Fischerei Interessentengemeinde

Kietz h/KHstrin

Fischerei-Interessenten-Gemeinde

Kiez bei Cüstein. 18/5.14.

Eingegangen den

18. MAI

Insistent Gebhardt

An
Herrn Insizant Gebhardt

Frankfurt a/O.

egangen

De-

Ihr

erein

urück.

essor

hatte



Herrn

Insizant Gebhardt
Leinwandgasse

Frankfurt a/O

Herrn
Vor

Fischerei-Interessenten-Ge

1871
ma
zu
-f
ho
zu
Lep

Frankfurt a/O, den 19. Mai 1914

Kaufmann N. 25 h.

Herrn

R. Engel

Vorsitzender der Fischerei Interessentengemeinde

Kietz h/Küstrin

Fischerei-Interessenten-Gemeinde

Kiez bei Küstrin. 18/5/14.

Eingegangen den

18. MAI

Leutnant Gebhardt

An
Herrn Leutnant Gebhardt

Frankfurt a/O.

Sehr geehrter Herr Leutnant!

Der Leutnant Speiser von Herrn
Hof. v. Eckstein besagt, dass Ihnen
mein an den Vorh. Fischereiverein
zu Berlin geschriebenes Schreiben ^{vom 14/4} g. g. ging.
- Ich habe ihm Aufträge über die Ufaornung
des Fisches -.

Ich vermute an, dass mir ein wohl.
Leutnant von Ihnen aus g. g. gehen sollte.

ant.

egangen

De-

Ihr

erein

urück.

essor

hatte

n ge-

zu

te vom

Ver-

fi-

gen,

tücke

ge-

sch-

Ein sehr angenehmer Empfang
mit einem sehr schönen
Abend, nächster Monat (22. Mai) zu
kommen zu lassen, da ich am 22.
M. (vom 8. M.) als Anstalt der
religiösen und gesellschaftlichen
als vorzunehmen werden soll.
Sein sämtliche Kostenrechnung
sollte ich mir gleichzeitig beifügen
zu wollen.

Speyerstadt
L. Engel.

Frankfurt a/O, den 19. Mai 1914

Kaufmann N. 2 Th.

Herrn

R. E n g e l

Vorsitzender der Fischerei Interessentengemeinde

Kietz b/Küstrin

Sehr geehrter Herr !

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 15. Mai er - eingegangen bei mir am 18. Mai er - sende ich Ihnen die Depesche des Herrn Professor Dr. Eckstein und Ihr Schreiben vom 24. April er an den Fischereiverein der Provinz Brandenburg hiermit anliegend zurück. Wie Sie aus der Randverfügung des Herrn Professor Dr. Eckstein vom 28. April er ersehen wollen, hatte derselbe mir geschrieben, daß er den Fischern geraten habe, sich sofort mit mir in Verbindung zu setzen.

Da eine solche Verbindung bis zu Ihrem Briefe vom 15. Mai er nicht erfolgt war, hatte ich keine Veranlassung, meinen Rat und meine Ansicht den Fischern zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Tatbestande soll die Sache so liegen, daß die fischereiberechtigten Kietzergrundstücke in frühesten Zeiten unmittelbar an die Oder gestoßen haben und daß damals die fischereiberechtigten

tigten Grundstücke ihre Fischerkähne vor längst ihrer Uferstreifen in der Oder hielten und unmittelbar also den Verkehr zu diesen Fischerfahrzeugen gehabt haben.

In der Zwischenzeit hat sich dann dieser Zustand gründlich geändert. Spätestens auf Grund des Deichgesetzes vom 28. Januar 1848 sind die betreffenden Niederungen gegen die Überschwemmungen abgedeicht worden. Insbesondere durch die Verordnungen vom 22. August 1848, vom 23. Juli 1849, 26. November 1849, vom 17. Januar 1853 und endlich durch das Statut für die Deichverbände des Ober- und Niederoderbruchs vom 19. April 1869 sind die betreffenden Anlagen gesetzlich eingeführt worden.

Durch diese Deichanlagen sowie durch natürliche Vorgänge und durch die Stromregulierungen hat sich außerhalb der angelegten Deiche ein großes Vorland gebildet.

Wenn jetzt die fischereiberechtigten Kietzer an die Fahrzeuge im blanken Wasser heranwollen, haben sie dieses ganze Zwischenland zu passieren. Im Vorliegenden haben die Kietzer um an die Kahnanlagestellen zu kommen, die Böschungen und die im Vorlande befindlichen Uferdeckungen bestehend aus wilden Strauchanlagen hierbei passiert.

Es fragt sich, ob sie gegen die Bestrafung mit Erfolg Einwendungen vorbringen können.

Wenn

Wenn das De
Wendung kom
schon derar
untersagt h
insofern un
stimmungen
Sie waren d
konnte nur
Forstpolize
(Johow Bd. 1
Später aber
der Kgl. Reg
vom 11. Juni
Deiche, der
rungen an d
enthält zug
nämlich die
Mit
1. W
E
D
Hiernach is
Bestrafung
es nicht g
a) en
ob
b) da
Me
zu
Daß insbeso

Wenn das Deichgesetz von 1848 und die früheren zur
Wendung kommenden Deichufer und Grabenordnungen auch
schon derartige Betretungen von Deichzubehörungen
untersagt haben, so waren doch diese früheren Gesetze
insofern unvollkommen, als sie selbst keine Straf-
bestimmungen für die Übertretungen enthielten.

Sie waren daher stumpfe Gesetze und eine Bestrafung
konnte nur erfolgen, soweit der § 10 des Feld und
Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 in Frage kam.
(Johow Bd. 19 S. 270/71).

Später aber ist die Polizeiverordnung Amtsblatt
der Kgl. Regierung in Frankfurt a/O pro 1864 S. 137
vom 11. Juni 1864 erschienen betreffend den Schutz der
Deiche, der dazugehörigen Deckungen usw. in den Niede-
rungen an der Oder usw. Diese Polizeiverordnung
enthält zugleich eine Strafbestimmung. Es lautet
nämlich diese Polizeiverordnung § 1:

Mit Geldbuße von pp usw. wird bestraft:

1. Wer unbefugt die Deiche und die dazugehörigen
Banketts namentlich aber die Böschungen der
Deiche und die Uferdeckungen betrifft.

Hiernach ist also die angedrohte bzw. zu eingetretene
Bestrafung zu Recht erfolgt bzw. nicht abzuwenden wenn
es nicht gelingt, zu beweisen, daß

- a) entweder die betreffende Passage zu den Kähnen
objektiv eine befugte gewesen ist oder
- b) daß wenigstens subjektiv die Betreffenden der
Meinung gewesen sind, daß sie eine Befugnis
zum Betreten hätten.

Daß insbesondere schon diese subjektive Meinung von
einer

einer bestehenden Befugnis schützt, ist in R.G. in Strafsac Bd. 19 S. 89 ausgeführt und begründet.

Es handelt sich nun darum zunächst zu prüfen, ob objektiv eine Befugnis zu der betreffenden Passage festzustellen bzw zu beweisen ist.

Nach Ihrer Eingabe an den Fischereiverein haben Sie angenommen auf Grund eines Vortrages des Herrn Professor Dr. Eckstein, daß das neue Wassergesetz objektiv eine solche Befugnis geschaffen habe.

Dies ist aber durch aus unzutreffend. Die Bestimmung die allein hierbei in Frage kommen könnte ist der § 17 Absatz 3 W.G.:

Bei Seen, die Teil von Wasserläufen sind, und nicht im Eigentum der Anlieger als solcher stehen, gehören Anlandungen, Erdzungen und trockengelegte Randflächen innerhalb der bisherigen Eigentumsgrenzen den Eigentümern des See's. Diese haben jedoch den früheren Anliegern den Zutritt zu dem See zu gestatten, soweit dies zur Ausübung des Gemeingebrauchs in dem bisher geübten Umfange erforderlich ist.

Diese Bestimmung bezieht sich aber nur auf sogenannte Wasserlaufseen, dagegen nicht auf Wasserläufe erster Ordnung, wie die Oder ist.

Die Bestimmungen im § 27, 28 W.G. über den sogenannten öffentlichen Verkehr über den Leinpfad, über das Landen und Befestigen an Ufern Ein- und Ausladestellen haben ebenfalls gar keinen Bezug auf den vorliegenden Tatbestand. Denn sie geben nur Mittel an, inwieweit jemand vom Wasser aus das Land mit in Anspruch nehmen kann.

Hier dagegen handelt es sich darum, inwieweit jemand vom Lande aus das Land in Anspruch nehmen kann, um ans Wasser zu

zu gelangen.

Auch das Uferbetretungsrecht, auf das Sie hinweisen, kommt garnicht in Betracht. Denn das ist auch ein Recht das nur dem Fischer beigelegt werden soll, damit er vom Fischwasser aus gewisse Einwirkungen auf das Land ausüben kann.

Im übrigen kommen die neuen Gesetze garnicht zur Anwendung.

Das neue Wassergesetz ist erst am 1. Mai 1914 in Kraft getreten. Nach § 383 behält es bezüglich der bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Frage kommenden Verhältnisse überall bei der Fortgeltung der bisherigen Gesetze sein Bewenden. Die Vorgänge die Sie hier jetzt anführen, haben schon lange vor Ihrer Eingabe vom 24. April er stattgefunden.

Was das Uferbetretungsrecht anbetrifft, so soll das erst neu eingeführt werden durch ein neues Fischereigesetz. Dieses neue Fischereigesetz wird ~~frühestens~~ frühestens am 1. April 1915 in Kraft treten.

Also die neuen Gesetze, die jetzt in Kraft sind oder mal in Kraft treten werden, haben gar keine Bedeutung für den vorliegenden Fall.

Lediglich nach den bisherigen Gesetzen ist zu prüfen, ob objektiv eine Befugnis zu konstruieren ist.

Zunächst könnte in Frage kommen, da eine Verleihung eines Rechtes oder eine besondere Erlaubnis der Deichverwaltung nicht in Betracht kommt, ob ein besonderes Benutzungsrecht im Wege der Ersitzung für die Kietzergrundstücke entstanden ist. Hierbei ist zu beachten, daß seit dem Deichgesetz vom 1848 niemand ohne besondere Erlaubnis die Deiche benutzen darf. Nach § 664 I 9 ALR. können Rechte gegen ein ausdrückliches Verbotgesetz nicht ersessen

werden.

werden. Es könnte also auf die Ersitzung nur dann Wert gelegt werden, wenn man beweisen könnte, daß die Ersitzung schon vor 1848 beendet war. Dies ist aber ausgeschlossen, weil Sie selbst schreiben, daß der Deichverband erst nach 1848 entstanden ist.

Dagegen könnte in Frage kommen ob nicht ein öffentlicher Fußsteig vorhanden ist, der als solcher auch in Bezug auf Deiche und Vorländerereien dazu entstehen kann.

(Entsch. des OVG. vom 10. Oktober 1907 abgedruckt in preuß. Verwaltungsblatt Bd. 29 S. 745.)

Wenn ein solcher öffentlicher Fußsteig in Anspruch bezw. behauptet werden soll, so müßte dies glaubhaft gemacht werden durch eine Bestätigung des zuständigen Amtsvorstehers in Kietz.

Würden Sie eine solche Bescheinigung beschaffen können, würde in jedem Falle eine Freisprechung herbeizuführen sein, weil jedenfalls dann zu Gunsten der Täter angenommen werden müßte, daß die Leute sich für befugt gehalten haben, den fraglichen Weg zu benutzen. Also rate ich dringend, sofort sich an den Amtsvorsteher zu wenden und von diesem eine solche Bescheinigung zu beschaffen.

Liquidation 10 Mark G e b h a r d t Justizrat



Wert
sitzung
hlossen,
erst
ntlicher
ezug
preuß.
h bezw.
emacht
ts-
können 9
ühren
nge-
t ge-
o rate
i w enden
haffen.

Abchnitt

GÜSTRIN
Büchereistempel
20.5.14.10-IV
KREIZ

Markt S. Pf.

zur Nachnahme
zum Postantrag

H. Engel

in **GÜSTRIN**
19

nom

Kassenzeichen des Absenders

1.

10. H. 2. fallh.
18. 11. 14
1.
J. L. P. - 4.
F. 11. 5. 14

9

Handwritten text on the right edge of the page, including "No 10", "des Amtes", "zu Potsdam", "ber 1914", and a signature.

Frankfurt a/O, den 5. September 1914

An

das Generalkommando

Berlin W.10

Genthinerstr. 2

Betrifft Bekanntmachung

des Kgl. Regierungspräsi-
den in Potsdam

No 1002 in der Sonderausgabe
des Amtsblattes der Kgl. Regierung
zu Potsdam ausgegeben am 1. Septem-
ber 1914

Durch Verfügung vom 24. August 1914 ist vom 28. August ab der Schiffahrtsbetrieb in den märkischen Wasserstraßen dahin eingeschränkt, daß Strecken auf denen sich Eisenbahnbrücken befinden 500 m oberhalb und unterhalb der Brücke nur von 6 Uhr morgens und bei Nebel überhaupt nicht befahren werden dürfen.

Auf Grund dieser Einschränkung wird jetzt auch in Bezug auf die Oder und in Bezug auf die Eisenbahnbrücke der Märkisch-Posener Eisenbahn bei Frankfurt a/O und auch gegenüber den Mitgliedern der Fischerinnungen der Gubener und Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/O zur Anwendung gebracht.

bracht, sodaß deren Fischereibetrieb bzw. die Aus- und Rückfahrt der beteiligten Innungsmeister den gedachten Einschränkungen unterworfen wird.

Die Innungen der Gubener und Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/O haben lt. kgl. Privilegien das Recht, die Oder von Fürstenberg bis Stettin ohne jede Einschränkung zu befischen.

Die Fischerinnungen bestehen und zwar die Fischerinnung der Gubener Vorstadt aus 23 Meistern die an der alten Oder in der Fischerstr. in Frankfurt a/O angesiedelt sind und die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt aus 8 Meistern, die an der neuen Oder in Ziegel- und Kietzerstr. angesiedelt sind. Wenn die Beschränkungen der gedachten Bekanntmachung vom 24. August 1914 auch auf diese Fischereibetriebe zur Anwendung gebracht werden, ist die Möglichkeit zu einer nutzbringenden Ausübung der Fischerei in der Oder so gut wie ausgeschlossen.

Insbesondere können die Fischer alsdann nicht vor 6 Uhr morgens und bei Nebel überhaupt nicht nachhaus kommen und die gefangenen Fische auf den Wochenmärkten in Frankfurt a/O zum Verkauf stellen.

Bei der jetzigen Lage liegt es aber auch im öffentlichen Interesse, daß dem Publikum die gesunde und billige Kost bestehend in frischgefangenen Fischen zahlreich zur Verfügung steht.

Die Meister die hiernach in Frage kommen, wollen sich gern verpflichten, mit Ausweisscheinen darüber, wer sie sind, und daß sie Mitglieder der in Frage kommenden Fischerinnungen sind, zu versehen und wollen sich ferner verpflichten in der Sperrzeit vor Durchfahrt sich bei den militärischen Posten zu melden.

Sie

Ke. Gubener f. d. h. m. d. f. d. v. 1. September 1914 p. h.

Sie bitten also geneigtest die Einschränkungen der gedachten Bekanntmachung aufzuheben gegenüber den Meistern, die zu den Fischerinnungen der Gubener - und Lebuser Vorstadt in Frankfurt a/O gehören und zwar mit der Maßgabe, daß diese, soweit sie sich als zu den Innungen gehörig ausweisen, und ihre Ausweise den militärischen Posten vorlegen, diesen Einschränkungen nicht unterworfen sind. *> H. Gubener f. d. h. m. d. f. d. v. 1. September 1914 p. h.*

Außerdem wird noch ganz gehorsamt auf Folgendes aufmerksam gemacht :

Nach dem Wortlaut und Sinn der Bekanntmachung vom 24. August 1914 kann es eigentlich keinem Zweifel unterliegen, daß die Fischerinnungen berechtigt sind in der Zeit von 6 Uhr morgens bis zum Dunkelwerden die Fischerei ausüben dürfen, auch innerhalb 500 m ober - und unterhalb der erwähnten Eisenbahnbrücken. Trotzdem erlauben die militärischen Wachtposten an der Eisenbahnbrücke bei Frankfurt a/O den Fischerinnungsmeistern auch nicht die Ausübung der Fischerei nach 6 Uhr morgens innerhalb 500 m ober - und unterhalb der gedachten Eisenbahnbrücke. Die unterzeichneten Vorstände der Fischerinnungen vertreten durch den Obermeister Schmädicke beantragen, geneigtest die zuständigen Militärbehörden anzuweisen, solche Untersagungen zu unterlassen und nach 6 Uhr morgens die Ausübung der Fischerei an der Eisenbahnbrücke b/Frankfurt a/O den Innungsmeistern auch 500 m ober - und unterhalb der Eisenbahnbrücke zu gestatten.

Obermeister
Fischerstr. 79

Sie

Hand 4 Hofmann
17. 10. 14

Handwritten signature

Handwritten note: - 2. Kauf - p. 1. 10. 14

Handwritten signature

Handwritten note: 1. Kauf, p. 1. 10. 14

Handwritten text: 1. Kauf, p. 1. 10. 14
in Potsdam - p. 1. 10. 14
Kauf, p. 1. 10. 14
auf p. 1. 10. 14

Handwritten note: 2. Kauf, F. 22. 10. 14

Handwritten signature

Handwritten note: 23/10/14

13
Frankfurt a/Oder, den 23. Oktober 1914

Herrn

Obermeister Karl S c h m ä d i c k e

h i e r

Fischerstrasse 79

Sehr geehrter Herr !

In Sachen betr. die Bekanntmachung des
Königlichen Regierungspräsidenten in Potsdam
- Einschränkung des Schifffahrtsbetriebs in den mär-
kischen Wasserstrassen - frage ich ergebenst an,
ob Ihnen bereits eine Antwort auf meine Eingabe
vom 5. September d.Js. zugegangen ist.

Hochachtungsvoll, ergebenst

Justizrat

4.
Hilfen,
F. 5. N. 14

19/11

4.
3 Hilfen,
F. 19. N. 14

MP 12

4.
Hilfen

1/1 Baum 10 Mark
1912. 14

MP 15

mul. 13.1.75: 1. Hand n. Jälle R. p. 54.
27 mmol, F. 9.1.15
R. fast hyl. Schmeckst. 17/2
Mittagsmahl
Meinung

1. p. h. f. das Spritzen an der primären Membran 2. p. h. 5. 2. p. h. 1.
2. p. h. 2. p. h. 2. p. h.

1.
p. 2.
auf
14.1.15

1.
p. 1. - 4.
F. 14.1.15

Frankfurt a.Oder, den 26. Januar 1916

An

das Generalkommando

Berlin W. 10

Genthinerstr. 2

Betrifft Bekanntmachung

des Kgl. Regierungspräsidenten

in Potsdam

No. 1002 in der Sonderausgabe

des Amtsblattes der Kgl. Reg-

ierung zu Potsdam ausgegeben am

1. September 1914.

Durch Verfügung vom 24. August 1914 ist vom

28. August 1914 ab der Schifffahrtsbetrieb

in den märkischen Wasserstrassen dahin einge-

schränkt, dass Strecken auf denen sich Eisen-

bahnbrücken befinden 500 m oberhalb und unter-

halb der Brücke nur von 6 Uhr morgens und bei

Nebel überhaupt nicht befahren werden dürfen.

Auf Grund dieser Einschränkung wird jetzt

auch in Bezug auf die Oder und in Bezug auf

die Eisenbahnbrücke der Märkisch-Posener Eisen-

bahn bei Frankfurt a.O. und auch gegenüber den

Mitgliedern der Fischerinnungen der Gubener

und Lebuser Vorstadt in Frankfurt a.O. zur

—An—

Anwendung gebracht, sodass deren Fischereibetrieb bezw. die Aus- und Rückfahrt der beteiligten Innungsmeister den gedachten Einschränkungen unterworfen wird.

Die Innungen der Gubener und Lebuser Vorstadt in Frankfurt a.O. haben lt. kgl. Privilegien das Recht, die Oder von Fürstenberg bis Stettin ohne jede Einschränkung zu befischen.

Die Fischerinnungen bestehen und zwar die Fischerinnung der Gubener Vorstadt aus 23 Meistern die an der alten Oder in der Fischerstr. in Frankfurt a. O. angesiedelt sind und die Fischerinnung der Lebuser Vorstadt aus 8 Meistern, die an der neuen Oder in Ziegel- und Kletzerstr. angesiedelt sind. Wenn die Beschränkungen der gedachten Bekanntmachung vom 24. August 1914 auch auf diese Fischereibetriebe zur Anwendung gebracht werden, ist die Möglichkeit zu einer nutzbringenden Ausübung der Fischerei in der Oder so gut wie ausgeschlossen.

Insbesondere können die Fischer alsdann nicht vor 6 Uhr morgens und bei Nebel überhaupt nicht nachhaus kommen und die gefangenen Fische auf den Wochenmärkten in Frankfurt a. O. zum Verkauf stellen.

Bei der jetzigen Lage liegt es aber auch im öffentlichen Interesse, dass dem Publikum die gesunde und billige Kost bestehend in frischgefangenen Fischen zahlreich zur Verfügung steht.

Die Meister die hiernach in Frage kommen, wollen sich gern verpflichten, mit Ausweisscheinen darüber, wer sie sind, und dass sie Mitglieder der in Frage kommenden Fischerinnungen sind, zu versehen und wollen sich ferner verpflichten in der Sperrzeit vor Durchfahrt sich bei den militärischen Posten zu melden.

Die---

Die Unterzeichneten haben bereits mit Eingabe vom 5. September 1914 gebeten die Einschränkungen der gedachten Bekanntmachung aufzuheben gegenüber den Meistern die zu den Fischerinnungen der Gubener- und Lebuser Vorstadt in Frankfurt a.O. gehören und zwar mit der Massgabe, dass diese, soweit sie sich als zu den Innungen gehörig ausweisen, und ihre Ausweise den militärischen Posten vorlegen, diesen Einschränkungen nicht unterworfen sind. Die Unterzeichneten sind auf jenes Gesuch s.Zt. abschlägig beschieden.

Mit Rücksicht auf die inzwischen noch weiter eingetretene bedrängte Lage erlauben sich die Unterzeichneten jetzt nochmals ein Pittgesuch um Erteilung der Genehmigung einzureichen.

Obermeister
Fischerstrasse 72

Obermeister
Ziegelstrasse 5

*H. Hof 1 H. Hornig
27.2.14 2873*

Die

11

1) Zu Ehrenworte, In 22. Jahre ist argentin
um, ob Esam bewillt sein. Aufrecht und
unser. Einigkeit. 11. 26. Januar 19. 21. 21.
gung. 11.
In 22. Jahre.

11. 26. 19. 21. 21.

unim
11

29. Mrz

6

Herrn

Obermeister Karl Schmüdcke

hier

Fischerstr. 79

Sehr geehrter Herr!

In Sachen betr. die Bekanntmachung des Kgl.
Regierungspräsidenten in Potsdam - Einschränkung
des Schifffahrtbetriebes in den märkischen Was-
serstrassen - frage ich ergebenst an, ob Ihnen
bereits eine Antwort auf meine Eingabe vom 26.
Januar or. zugegangen ist.

Hochachtungsvoll, ergebenst

Justizrat

Herrn 1. Kommandant

14.4.16

11/5.

Herrn 1. Kommandant, wohn
am 29. März or.

Herrn 3. Kommandant.

15.4.

1/6.

12.5.16

[Signature]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Faint, illegible handwriting]

[Large block of faint, illegible handwriting]

11. Mai

6

18

Herrn

Obermeister Karl Schmädicke

h i e r

Fischerstr. 79

Sehr geehrter Herr!

In Sachen betr. die Bekanntmachung des Kgl. Regierungspräsidenten in Potsdam - Einschränkung des Schiffsahrtsbetriebs in den märkischen Wasserstrassenfrage ich ergebenst an, ob Ihnen bereits eine Antwort auf meine Eingabe vom 26. Januar 1916 zugegangen ist.

Hochachtungsvoll, ergebenst

Justizrat.

*Dem dzt. Schmedicke, teilt mit, dass
dem Auftrag v. H. I. v. H. H. H.
gaben ist. Die Sache ist somit
beendet.*

1916. L.

1/ Martin's path R.H. just up
 2/ Thous 1 Month.

13/4.8

13/6

15/5.10

[Signature]

[Signature]

2/ Galun's first star of the year
 Galun's first star of the year

Let. 01 - 4-4

3/ Family party R.H. in 1840

3/1 Longwell's 4. 1840

Galun 4. 29, 3, 4, 11, 4, 14, 18, 21, 24, 27, 30

Let. 4, 5, 10, 15, 20, 25, 30

13/4.8

4

[Faint, illegible handwriting]

15. Mai

6

Herrn

Obermeister Karl Schindicke

hier

Fischerstr. 79

Sehr geehrter Herr !

In Sachen betr. die Bekanntmachung des Kgl.
Regierungspräsidenten in Potsdam -Einschränkung
des Schifffahrtbetriebes in den märkischen
Wasserstrassen - Übersende ich Ihnen umseitig
ergebenst meine Kostenrechnung zur gefl. Be-
gleichung.

Hochachtungsvoll, ergebenst

Justizrat

Kosten-Rechnung

1. Gebühr für das Schreiben an das Generalkommando
Berlin Art. 9 LGO. 1,-- M
2. Pauschsatz Art. 15 LGO. 1,-- "
3. Copialien und Porto für Schreiben vom 29.3.,
und 11. 4. cr. je 25 Pfg. = 2,50 "

Sa: 2,50 M

Der Justizrat

F. 16.1.16

ommando

1,-- M

1,-- "

.3.,

1,50

2,50 M

4. 26/11.16

Frankfurt a/O, den 27. September 1916

An
das Generalkommando

Berlin W.10

Genthinerstr. 2

Betrifft Bekanntmachung

des Herrn Regierungspräsidenten

Potsdam

Amtsblatt Potsdam vom 1. September 1914

No 1002 Sonderausgabe dazu

Auf das Gesuch vom 5. September 1914 war
zunächst eine abschlägige Antwort einge-
gangen.

Auf nochmalige Einreichung des Gesuches
den Mitgliedern der hiesigen Fischerinnun-
gen die Genehmigung zu erteilen, auf der
oder auch innerhalb 500 m ober - und
unterhalb der Brücke der Märkisch Posener
Eisenbahn b/Frankfurt a/O zwecks Ausübung
der Fischerei sich mit ihren Fischer-
kähnen bewegen zu dürfen, ist auf dieses
abermalige

77 9.16. 8

1. M
1. 7
abermalige Gesuch vom 26. Januar 1916 eine solche Genehmigung erteilt worden.

Diese Genehmigung zur Durchfahrt durch die gedachte Brücke und zur Fischereiausübung in den gedachten Strecken ober- und unterhalb ist damals aber nur den damals anwesenden und die Fischerei ausübenden namentlich bezeichneten Meistern der Fischerinnungen erteilt worden.

Damals waren aber nicht anwesend, sondern im Heeresdienst abwesend :

1. Fischermeister Paul Schulze aus Frankfurt a/O, Fischerstr. 6
2. Fischermeister Gustav Schwartz, ebenda Fischerstr. 61

Diese beiden Fischermeister sind nunmehr aus dem Heeresdienst entlassen und üben wieder die Fischerei als Meister der hiesigen Fischerinnungen aus.

Der unterzeichnete Obermeister beantragt hierdurch :

geneigt die Genehmigung zur Durchfahrt unter der Eisenbahnbrücke der Märkisch Posener Eisenbahn b/Frank-

furt a/O und die Fischereiausübung innerhalb von 500 m

ober- und unterhalb auch den vorbezeichneten beiden

Fischermeistern Paul Schulze und Gustav Schwartz erteilen

zu wollen.

Paul Schmöcklinke

Obermeister

Fischerstr. 79

— 17 —

37/58

12,

Justizrat
Gebhardt
Rechtsanwalt und Notar
Frankfurt a. O.
Telephon Nr. 184.

Frankfurt a. O., den

19

An
das Königl. -Gericht
Abteilung

In Sachen

c/a

überreiche ich anliegend:

1. meine Handakten,
2. meine Kostenrechnung,
3. Abschrift derselben

mit dem ergebenden Antrage, den Betrag der
Kosten auf Mk. Pf. festzustellen
und mir den Beschluß zuzusenden.

Der Justizrat.



Frankfurt a./O., den 1. Fe

Postcheckkonto 27000

Herrn

Obermeister Karl Schmiedicke

Fischerstr. 79

Sehr geehrter Herr!

In Sachen betr. die Bekanntmachung des Kgl. Re-
gierungspräsidenten in Potsdam - Einschränkung
des Schiffahrtsbetriebes in den märkischen Wasser-
strassen (Eisenbahnbrücke) übersende ich Ihnen
umstehend ergebenst meine Kostenrechnung zur
gefl. Begleichung.

Hochachtungsvoll, ergebenst

Justizrat.

Justizrat
Gebhardt
Rechtsanwalt und Notar
Frankfurt a. O.
Telephon Nr. 184.

Frankfurt a. O., den

An
das Königl. -Gericht
Abteilung

Kostenrechnung
Gebühr und Pauschsalz für den Antrag
vom 27.9.16 Art. 9, 15 L.G.O. 2,-- M

Der Justizrat

*2.4.17
17.11.17*

Handwritten signature

23



Antrag
2,-- M

ung für
Lebender Hauptstadt

Lier



210

elley-Friedrich

1917

Justizrat
Gebhardt
Rechtsanwalt und Notar
Frankfurt a. O.
Telephon Nr. 184.

Frankfurt a. O., den

An
das Königl. -Gericht
Abteilung

Kostenrechnung
Gebühr und Pauschsalz für den
vom 27.9.16 Art. 9, 15 L.O.O.

Der Justizrat

2. 11. 16
17. 11. 16

2.
M. Langemann
17. 11. 16

24

Gebhardt
rall und Notat
furt a/Oder
Gastrasse 40

M.H.

Eipfennigung der
Gubner u. Subäper Hauptstadt

Lier

XXIV
Stadlarchiv
Frankfurt (Oder)

210

bet.
Wiley-Fischer

1917

Justizrat
Gebhardt
Rechtsanwalt und Notar
Frankfurt a. O.
Telephon Nr. 184.

Fran

An
das Königl. -Gericht
Abteilung.

Kost.
Gehühr und Pausen
vom 27.9.16 Art.

Der J

2-4
13/11/16

vor das Königl. Gericht
auf den von dem Herrn Vor-
sitzenden anguberaumenden Termin zur mündlichen Ver-
handlung des Rechtsstreits.
Ich werde beantragen:
1. das Urteil des Königl. Gerichts
zu vom 19. aufzuheben.



vor das Königl.
auf der
in
Führen anzuvernehmenden Termin
handlung des Rechtsstreits.
Ich werde beantragen:
1. das Urteil des Königl.
Gerichts
zu
len



1029/17

126

Frankfurt a.O., den 13. Oktober 1917

An

den Herrn Regierungsratspräsidenten

hier

Antrag
der Fischerinnungen der Gubener -
und Lebuser Vorstadt in Frankfurt a. O.

Euer Hochwohlgeboren

unterbreiten hierdurch das nachbezeichneten
Fischerinnungsvorstände die gehorsame Bitte
auch in diesem Jahre vom 15. Oktober
1917 bis zur Frühjahrschönzeit 1918
die Ukleyfischerei mit den dafür fest-
gesetzten Netzen zu erlauben.

Zur Begründung nehme ich auf die in den
früheren Gesuchen geltend gemachten Um-
stände und auf die jahrelange Gewährung
dieser Erlaubnis Bezug.

Der Oberalmmeister d.
der Fischerinnung der Gubener Vorstadt
für diese und die Fischerinnung der
Lebuser Vorstadt

1029/17

F. 13.10.17

13/17

H. R.

Gedruckt in. Frankfurt am Main
20. 13. 10. 17 von der Regierungskommission
für Art. 9, 15-2. d. V.

2, 50 1/2

20/12.17.

^M
Hoffen Sie sich in diesem
Fp. Töpfer v. Harth 29/10

^{v.}
Zu der Fipfarn'schen

19.1.18.

J

Antony
Episcopus

2, 514

9/10

vor das Königl. Gericht
zu auf den von dem Herrn Vor-
stehenden anguberaunenden Termin zur mündlichen Ver-
handlung des Rechtsstreits.
Ich werde beauftragen:
1. das Urteil des Königl. Gerichtes zu vom
19. aufzuheben.
2.

In Sachen

Rechtsanwalt Gebhardt zu Frankfurt a. O.
vertreten durch den
gegen

Rechtsanwalt
vertreten durch den Rechtsanwalt
wegen

Attestationen:

das königliche
Gericht

zu

ein und lade de
zu Händen

Vertreters, des

Einspruch

zu

urteil des königlichen
Gerichts

19

zusätzliche Veräußerungs-

19

verfälschte und am

ten

macht legitimiert, gegen das am

durch die auf der Gerichtsschreiberei niedergelegte Voll-

lege ich hiermit Namens de

Verhandlungstermin in
auf den
Mittags,
Straße Nr. 19
den
den
Königliches
Gericht.

Kosten gahlt Mandant.

Bayer & Neuberger, Frankfurt, Cass.

das Königl.

In

Stiftungen:

vertreten durch den Red.

Rechtsanwalt Geb.

vertre

zu

8

In

staff_1-313_ba1-tit27-nr210



staff_1-313_ba1-tit27-nr210